



Donnerstag, 24.06.2010

Handelsblatt

HOCH BEZAHLTE VORTRÄGE

24.06.2010 13:35 Uhr

„Steinbrück missbraucht sein Abgeordnetenmandat“

Der ehemalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück ist mit „lukrativen Nebentätigkeiten“ in die Kritik geraten. Die Grünen sprechen von einem unanständigen Verhalten, zumal der SPD-Politiker kaum noch seiner Aufgabe als Abgeordneter im Deutschen Bundestag widmet.

von Dietmar Neuerer



Unter Beschuss:
Peer Steinbrück.
Quelle: dpa

DÜSSELDORF. Natürlich sei es auch Aufgabe der Parlamentarier, Vorträge zu halten, sagte der Grünen-Rechtsexperte Christian Ströbele am Donnerstag Handelsblatt Online. „Ich halte es aber für einen Missbrauch des Mandats, wenn sich Leute wählen lassen und dann hauptsächlich hoch bezahlten anderen Tätigkeiten nachgehen. Dass Peer Steinbrück seit der Bundestagswahl für Vorträge tausende Euro kassiert hat, finde ich unanständig.“ Es müsse jedem Verein möglich sein, den SPD-Bundestagsabgeordneten zu bekommen, ohne dafür gleich tief in die Tasche greifen zu müssen.

Im neuen Bundestag hat sich Steinbrück nach Angaben des Portals abgeordnetenwatch.de bislang kaum aktiv betätigt. So fehlte er bei zahlreichen namentlichen Abstimmungen. Stattdessen ging der Minister außerparlamentarischen Tätigkeiten nach. Den Angaben zufolge hielt er seit der Bundestagswahl einige Vorträge, die ihm (neben seiner normalen Abgeordnetendiät von 7.668 Euro monatlich) je mindestens 7.000 Euro einbrachten. Das entspricht der Stufe 3 – der höchsten, die beim Bundestagspräsidenten anzugeben ist.

Laut Angaben Steinbrücks, die er gegenüber der Parlamentsverwaltung gemacht hat, hielt er hoch dotierte Vorträge unter anderem bei der von Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann geleiteten Alfred-Herrhausen-Gesellschaft, beim Hasso-Plattner-Institut, bei der französischen Großbank BNP Paribas, der Alliance Möbel Marketing, der Münchner Kommunikationsagentur Serviceplan und der in Bielefeld sitzenden Handelskooperation EK Servicegroup. Hinzu kommt Steinbrücks Verdienst aus seiner Tätigkeit im Aufsichtsrat von ThyssenKrupp. Für einfache Mitglieder wie Steinbrück hatte der Konzern dafür in der Vergangenheit zwischen 130.000 Euro und 230.000 Euro im Jahr gezahlt.

Grünen-Politiker Ströbele erklärte, Steinbrück sei mit seinen „lukrativen Nebentätigkeiten“ kein Einzelfall. „Es gibt immer wieder Fälle von Abgeordneten, die mit ihrem mandatswidrigen Verhalten Kopfschütteln auslösen“, sagte er. Dabei habe das Bundesverfassungsgericht klar geregelt, dass der wesentliche Teil der Abgeordnetentätigkeit dem Mandat gewidmet werden müsse.